

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Wagenpreis: die 4. Spalte 20 Kpf., die 5. Spalte 10 Kpf., die 6. Spalte 5 Kpf. ...

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weiskau, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 278. — 87 Jahrgang Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 29. November 1928

„Weihnachtsgeschenke“.

Der Weihnachtsmann ist keine staatliche Einrichtung, infolgedessen misfällt die Rolle eines solchen, wenn der Staat sie spielen will. Denn die Geschenke, die er in seinem großen Sack herantägt, sind meist oder wohl immer derart, daß sie bei den damit Beschenkten feinerkeit Freunde hervorrufen. Gerade im Gegenteil; denn neben diesen Geschenken guckt die Rute heraus. Ein solches Geschenk hat uns zunächst einmal der Reichsfinanzminister in Aussicht gestellt; nicht überraschend, weil man darauf schon seit einiger Zeit vorbereitet war, ohne daß es deswegen weniger schmerzhaft berührt. Und auf diesem Felde steht „Steuererhöhungen“ geschrieben, ein unangenehmes Wort, bei dessen Anblick jeder damit Beschenkte schmerzvoll zusammenzuckt. Nun soll es ja nicht gar so schlimm kommen, wie der Reichsfinanzminister es vor einiger Zeit verkündet hat; nicht 600 bis 700 Millionen neuer Steuern will man auf die Schultern des schon schmerzenden deutschen Volkes legen, sondern „höchstens“ 200 Millionen. Das Defizit im Haushalt in jener Höhe ist zwar da, doch hofft man es wenigstens zur Hälfte durch Einsparung auf der Ausgabe-Seite hereinzubekommen. Da sollen nun wieder das Bier und der Wein auch am Branntwein wird man bei dieser Gelegenheit wohl nicht vorübergehen. Das „Glas Bier des kleinen Mannes“ hat ja meistens gleichzeitig mit dem Gläschen Schnaps unter den feuerlichen Angriffen des Staates leiden müssen.

Dabei haben wir uns schon, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, gegenüber der Vorkriegszeit ganz erheblich im Bier- und Spirituosenkonsum eingeschränkt, mindestens um 25 Prozent. Beim Wein ist's ebenso und es bleibt ja immer ein zweischneidiges Schwert, Genussmittel durch Steuern zu verteuern, deren Konsum man vermeiden kann. Schon dreimal so hoch als in der Vorkriegszeit ist jetzt die Branntweinsteuer erhöht; sie hat die überaus hohe Ertragsabgabe. Freilich hat die Überspannung ja gerade hierin dem Reichsfinanzminister arge Kopfschmerzen bereitet, weil beim Branntwein ein so großes Defizit herrscht. Den Hauptertrag dort wie bei der Biersteuer stützt aber der Reparationsbeitrag, dem diese Steuern verpfändet sind; und da wir in diesem Jahre wieder an Reparationszahlungen gerade aus dem Ertrag dieser Steuern sehr viel höhere Summen abführen müssen, so nimmt der Weihnachtsmann, der diese unangenehmen Gaben uns auf den Tisch legt, eigentlich die Züge Parler Gilberts an. Da die Biersteuer eine reine Konsumsteuer ist, haben wir die breiten Massen wieder einmal alles zu tragen, abgesehen allerdings davon, daß mit dem Rückgang des Konsums die Produzenten und Verkäufer zu leiden haben werden. Ist es denn wirklich nicht anders möglich? Die Steuerzahler sind nämlich gar nicht so unbedingt davon überzeugt, daß es nicht auch auf eine andere Weise möglich wäre, bei den 10 Milliarden Ausgaben durch eine energische Sparmaßnahme auch die restlichen 300 Millionen noch hereinzubringen, und er empfindet es als Spiel, wenn man vor ein paar Monaten eine Steuerherabsetzung beschloß, um jetzt dafür andere Steuern zu erhöhen, von denen gerade die Massen betroffen werden.

Doch noch ein anderes derartiges Weihnachtsgeschenk unangenehmer ist, nämlich wiederum eine Erhöhung der Reichsbahn-Tarife. Die Reichsbahn-Gesellschaft, die ja selbst unabweisbare Reparationslasten zu tragen hat, sieht unter einem ständigen Druck und zieht um aus diesem ein wenig herauszukommen, dann einfach die Tarife erhöhen. Aber es tritt eben das ein, was die Reichsbahn ist ein Instrument vornehmlich zur Bewältigung des wirtschaftlichen Verkehrs und Zeit gewesen, der aus dem Güterverkehr stammt. Ob dieser anwächst oder zurückgeht, hängt aber selbstverständlich ab von dem Umfang des Güterverkehrs, also von dem Steigen oder Fallen der Wirtschaftslage. Schwer machen sich infolgedessen bei der Reichsbahn die Maßnahmen ausfälle geltend, die aus Wirtschaftsläusen hervorgehen, wie jetzt beim Eisenkonflikt im Westen. Aber die Reichsbahn ist ganz im allgemeinen auf dem abwärts gehenden Pfad begriffen, und auf einen Glückszufall, wie ihn vor zwei Jahren mit 100 Millionen Mehreinnahmen die Reichsbahn der englische Bergarbeiterstreik brachte, ist leider nicht zu rechnen. Offiziell wird erklärt, die Meldung über die Tarifierhöhung sei ein Versehen, und außerdem beruhigende Erklärungen werden vom Stabell gelassen. Dann sollen sich die maßgebenden Persönlichkeiten denn doch aber bei ihren Aufträgen etwas vorsichtiger verhalten! Ausdrücklich ist auf einen Verwalterratsbeschluss der Reichsbahn-Gesellschaft hingewiesen worden, die aus der Verkürzung der Arbeitszeit von mindestens 250 Millionen könne nur durch eine neue

Die Zukunft von Heer und Marine

Gesunder und ungesunder Pazifismus

Der Reichswehrminister über die Reichswehr. Vor der „Deutschen Gesellschaft“ in Berlin hielt Reichswehrminister Gröner einen Vortrag, den er mit einem Rückblick auf die Kämpfe in der Panzerkreuzerfrage in Parlament und Presse einleitete. Er betonte dabei, daß er stets eine geradlinige Haltung eingenommen, sich so gründlich und vielseitig wie möglich informiert habe und die Denkschrift, um jeder Beeinflussung vorzubeugen, nicht von einem Marinefachmann, sondern

„von einem Infanteristen“

habe ausarbeiten lassen. Die Gegner des Panzerkreuzerbaues, so führte der Minister weiter aus, seien mit ihren Gründen zu sehr an der Oberfläche geblieben. Wenn einer der Artikelschreiber den Satz prägte: „Die Lebensinteressen des Reiches lassen sich durch ein paar Panzerkreuzer nicht verteidigen“, so könne er darauf nur erwidern, daß daran auch niemand denke, daß es sich vielmehr nur um eine Verstärkung der Landmacht handeln könne. Jedenfalls sei der neue Panzerkreuzer des Typs A eine hervorragende Leistung und er könne mit keinem anderen zurzeit auf dem Meere schwimmenden Kreuzer verglichen werden. Ausgezeichnet sei

die Tzigitin bei der Marine,

die aus freiem Gehirne und freiem Willen geboren werde, ebenso das harmonische Verhältnis zwischen Heer und Marine, wie man es in Friedenszeiten nicht gekannt habe. In dem zweiten Teil seines fast zweistündigen Vortrags beschäftigte sich der Minister mit unserer Reichswehr, für deren Ausbau man noch heute dem ersten Reichspräsidenten Ernst dankbar sein müsse, der damals nach der Revolution das sogenannte Volksheer abgelehnt habe. In großen Zügen entwarf der Minister dann ein Bild von den fünf verschiedenen Wehrsystemen: Reimilitz (Schweiz); siebenes Wehrpflichtheer; siebenes Wehrpflichtheer, ergänzt durch Militz (Rußland); erworbenes Berufsheer, ergänzt durch freiwillige Militz; und deutsche Reichswehr.

Der Minister verteilte dann einige Zeit bei den

Waffenartungen, die durch den Weltkrieg eine gewaltige Vermehrung erfahren haben:

Flugzeuge, Kampfwagen, Gas

usw. Von dem sogenannten chemischen Krieg halte er nicht viel; er bestehe nach seiner Ansicht mehr in der Literatur. Welche Stellung der Luftkampf in der Strategie einnehmen werde, sei noch unklar. Zum Schluß seiner Ausführungen betonte der Minister nachdrücklich, daß er auf dem Boden eines gesunden Pazifismus stehe, der auf Wehrwillen und Wehrhaftigkeit basiere, während der ungesunde Pazifismus in Unterwerfungswillen und Wehrlosigkeit bestehe; und dieser ungesunde Pazifismus müsse zum idealen Landesverrat führen, der in seinen Folgeerscheinungen sehr viel schlimmer sei als der materielle Landesverrat. Ebenso wie vor dem ungesunden Pazifismus müsse er auch vor dem Illusionismus warnen, der auf einer Überschätzung der eigenen Kräfte beruhe. Die Eindrücke, die der Minister auf seinen mehrfachen Truppeninspektionen gewonnen habe, ließen sich dahin zusammenfassen, daß die guten Eigenschaften der alten Armee noch gesteigert seien.

Trotzdem könne man nicht sagen, daß die Reichswehr ein bedrohliches Kriegsinstrument und die Wodellarmee der Welt sei. Diese müsse anders aussehen. — Die Ausführungen des Ministers fanden lebhaften Beifall.

Verbot des Gastrieges vor dem Reichstag.

Der Reichsaussenminister und der Reichswehrminister haben dem Reichstag das Geisler Protokoll wegen Verbot des Gastrieges zur Ratifikation vorgelegt. Das Protokoll ist bis jetzt von 40 Staaten, darunter sämtlichen Großmächten, einschließlich der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten, unterzeichnet worden. Ratifiziert haben es bisher Frankreich, Venezuela, Italien, die Sowjetunion, Österreich und Liberia. Frankreich und die Sowjetunion haben an die Ratifikation zwei Vorbehalte geknüpft. Die Reichsregierung bemerkt dazu, es erscheine nicht als erforderlich, diese Vorbehalte der deutschen Ratifikation hinzuzufügen, da der eine Vorbehalt bereits aus dem Text des Protokolls hervorgehe und der zweite im wesentlichen durch völkerrechtliche Anschauungen gedeckt werde,

Tarifierhöhung gedeckt werden. Das Wirtschaftslieben Deutschlands, das an und für sich schon mitten in der Krise steht, ist außerordentlich empfindlich gegen jede derartige Meldung von Absichten, die die Krise nur verschärfen würden.

Wenn doch also dieser Weihnachtsmann uns nur mit diesen „Geschenken“ verschonen wollte! Wir wollen gar nichts, aber auch gar nichts von ihnen wissen und auf ein „Danke schön!“ wird er sicherlich nicht zu rechnen haben.

Vor einer neuen Vermittlungsaktion

Das Reichskabinett zum Eisenkonflikt.

Das Reichskabinett hat in seiner letzten Sitzung die Lage im Aussparungsgebiet eingehend erörtert. Insbesondere hat man die Möglichkeiten einer baldigen Beendigung dieses schweren Konfliktes besprochen. Eine bestimmte Lösung ist zurzeit noch nicht gefunden, aber man will alle Mittel versuchen, um rasch zu einem Ziele zu gelangen. So ist z. B. die Befragung von Sachverständigen geplant. Von volksparteilicher Seite wurden die Beschwerden über die Methode vorgebracht, nach der von der preussischen Regierung die Anzahlungen vorgenommen wird. Der preussische Woblfahrtsminister Hirtzfelder, der an der Kabinettsitzung teilnahm, gab zu, daß gewisse Mängel bei der Auszahlung der Unterzahlungen entstanden sind, so zum Beispiel, daß in manchen Fällen mehr Unterstützung gezahlt wird, als die Lohnsumme des betreffenden Arbeiters betragen hat. Voraussichtlich wird der preussische Woblfahrtsminister eine entsprechende Änderung der bis jetzt bestehenden Richtlinien vornehmen. Für die Beilegung des Konfliktes im allgemeinen ist man bestrebt, eine Persönlichkeit von möglichst großer Autorität zu finden, die eventuell eine neue Vermittlungsaktion zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in die Wege leiten könnte.

Die Bemühungen um den Vergleich.

Während der gemeinsamen Verhandlungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Eisenkonflikt, die von dem Regierungspräsidenten Bergemann in Düsseldorf geleitet werden, ergaben sich zunächst am Dienstag weitere

Schwierigkeiten, so daß es nicht gelang, sich auf einer Vergleichsbasis zu einigen. Die Arbeitgeber hielten an einer sofortigen Einigung fest, jedoch erklärten die Gewerkschaftsvertreter, bei dem Vorschlag des Regierungspräsidenten vom 19. November und ihrem Ergänzungsvorschlag bleiben zu müssen. Die Gewerkschaften glaubten, daß dieser Vorschlag die beste Grundlage biete, um die Einigungsbestrebungen für beide Teile zu einem günstigen Erfolge zu führen. Die Verhandlungen wurden darauf vertagt und am Mittwoch nachmittag wieder fortgesetzt.

Schiedspruch für die westfälische Textilindustrie.

Von der Schlichterkammer unter dem Vorsitz des Landesrichters, Ministerialrat Haack, zur Beilegung des Konfliktes in der westfälischen Textilindustrie wurde ein Schiedspruch gefällt, wonach die tariflichen Grundlöhne der Tarifverträge, die von den Arbeitgebern aufgekündigt worden waren, ab 1. Dezember 1928 um 5 Prozent erhöht werden. Das neue Abkommen gilt bis zum 30. April 1930 und ist zu diesem Termin erstmalig mit zweimonatiger Kündigungsfrist kündbar. Die Erklärungsfrist läuft bis Dienstag, den 4. Dezember.

Tarifvertrag für rheinische Textilindustrie gekündigt.

Der Verband der Arbeitgeber im Bergischen Industriebezirk in Elberfeld hat den laufenden Tarifvertrag zu Ende des Jahres gekündigt. Er macht den Gewerkschaften das Angebot, ihn unverändert bis Ende 1930 un kündbar zu verlängern. In diesem Falle will man die Forderung auf Lohnabbau der Konjunkturlöhne von 1927/28 zurückstellen.

Tariffündigung im Hamburger Großhandel.

Der Arbeitgeberverband des Großhandels hat den Angehörigen der Gewerkschaften die Kündigung des bestehenden Tarifvertrages zum 31. Dezember mitgeteilt. Wie verlautet, sollen auch die Arbeitnehmerverbände ihrerseits beabsichtigen haben, den Tarif zu kündigen. Neue Tarifverhandlungen werden im Dezember stattfinden.

Neue Kündigungen in der Metallindustrie.

Der Verband der Metallindustriellen des Bezirks Münster hat den Lohnarbeitsvertrag für die Metall- und Emailierindustrie zum 1. Januar 1929 gekündigt. Wie von Gewerkschaften mitgeteilt wird, ist auch der Lohnarbeitsvertrag für die Hohenlimburger Metallindustrie vom Arbeitgeberverband zum 1. Januar 1929 gekündigt worden.